68. Jahrgang. № 181. Dienstag, 18. April 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 21,— M., vierteljährlich 63,— M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 32 mm breite Zeile 5,— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 1 M.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Restaurant ersten Ranges
22 Waisenhaus-Straße 22

REGINA-PALAST

5-Uhr-Tee — Abend-Konzert
Kapellmeister Heinz Putsche
mit 12 Künstlern

Jeden Dienstag und Freitag vornehmer Regina-Ball

Abschluß eines deutsch-russischen Vertrages.

Ein Strich unter die Vergangenheit. — Gemeinsamer Wiederaufbau. — Gewährung der Meistbegünstigung.

Genua, 17. April. Die seit mehreren Monaten schwebenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland haben Ostersonntag zum Abschluß geführt. Der Charakter des unterzeichneten deutsch-russischen Vertrages läßt sich kurz dahin kennzeichnen, daß die beiden Regierungen damit unter die Vergangenheit einen Strich machen, und daß sie zugleich ein Fundament für den künftigen gemeinsamen Wiederaufbau legen. Der Vertrag beruht auf voller Gegenseitigkeit. Die ordentlichen diplomatischen Beziehungen werden wieder aufgenommen, alle Ersatzansprüche aus der Zeit des Kriegszustandes zwischen Deutschland und dem früheren Rußland gelten als erledigt. Das gleiche gilt für die Ersatzansprüche wegen der bisherigen Sozialisierungsmaßnahmen der Sowjet-Regierung, vorausgesetzt, daß Rußland auch dritten Staaten einen Schadenersatz für die Sozialisierung oder eine Rückgängigmachung derselben nicht zugesteht. Anderseits soll für die Zukunft der Grundsatz der Meistbegünstigung und des gegenseitigen wirtschaftlichen Entgegenkommens maßgebend sein. An die Stelle der hinfällig gewordenen Bestimmungen der Verträge von Brest-Litowsk und der Ergänzungsverträge tritt daher ein neues Regime, das weder Sieger noch Besiegte kennt, das beiden Völkern volle Gleichberechtigung gewährt und das eine sichere Grundlage für ein friedliches Zusammenarbeiten schafft.

Die Tatsache, daß zwischen Deutschland und Rußland noch die Folgen eines langen Kriegszustandes zu liquidieren waren, daß beide Länder wirtschaftlich eng aufeinander angewiesen sind, und daß sie in vielfacher Hinsicht unter ähnlichen Schwierigkeiten zu leiden haben, wird diese Verständigung zwischen ihnen im gegenwärtigen Augenblick ohne weiteres als natürlich erscheinen lassen.

In das Verhältnis der beiden Staaten zu dritten Staaten greift dieser Vertrag in keiner Weise ein. Die Vorteile, die von der friedlichen deutsch-russischen Auseinandersetzung erhofft werden dürfen, werden ganz Europa zugute kommen. Wenn die Herbeiführung des deutsch-russischen Ausgleiches gerade während der Konferenz von Genua zur Tatsache geworden ist, so bedeutet das also nicht einen Verzicht für die von der Konferenz verfolgten allgemeinen europäischen Ziele; die beiden vertragschließenden Regierungen sind vielmehr überzeugt, daß sie zu ihrem Teile durch die getroffene Verständigung zur Erreichung des Hauptzieles der Konferenz, nämlich der endgültigen Herstellung des europäischen Friedens, nicht unwesentlich beigetragen haben. (W. T. B.)

London, 17. April. Reuter meldet aus Genua: Die Nachricht, daß Deutschland und Rußland in Genua ein Abkommen geschlossen haben, sei wie eine Bombe gekommen. (W. T. B.)

Es ist eine recht erfreuliche Osterbotschaft, die von Genua herüberklingt. Die beiden aufeinander wirtschaftlich wie kaum zwei andere angewiesenen Großmächte haben sich zum gemeinschaftlichen Wiederaufbau zusammengefunden. In Genua, wo die „Siegerstaaten" gegenwärtig alle diplomatischen Künste spielen lassen, nun mit einem gewissen Scheine des Rechts den unseligen „Friedensvertrag" noch besser zur Auswirkung zu bringen und auch Rußland, den „Verräter der gemeinsamen Sache", in Frondienste zu zwingen, hat die überraschende Meldung vom Abschluß des anscheinend gut vorbereiteten Wirtschaftsvertrages, wie es in einer Reuter-Meldung heißt, wie eine Bombe eingeschlagen. Welche besonderen Wirkungen die Explosion gehabt hat, werden schon die nächsten Stunden lehren. Auch in Paris dürfte es eine Erschütterung gegeben haben. Nun beginnt das Genueser Spiel dramatisch zu werden. Der Vertragsabschluß läßt auch den Vorgang verständlicher erscheinen, der sich nach folgender Meldung in Genua abgespielt hat:

Ablehnung der Londoner Bedingungen durch die russische Genua-Delegation.

Genua, 15. April. Heute hat eine Besprechung der Russen bei Lloyd George stattgefunden. Die Russen sind sehr selbstbewußt aufgetreten. Man hat ihnen eine Rechnung von 20 Milliarden Goldfranken für die Verluste der Ausländer in Rußland präsentiert. Daraufhin überreichten die Russen eine Gegenrechnung von 50 Milliard. Goldfranken für die Schäden, die die Entente seit 1918 in Rußland angerichtet habe. Die Russen fügten hinzu, daß sie nur auf die Zahlung der Differenz von 30 Milliarden Goldfranken verzichten, wenn die Entente den Russen, die sich im Auslande befinden, den Schaden ersetzt, der ihnen dort erwachsen ist. Die Russen erklärten kategorisch, daß es auf der Grundlage der Londoner Bedingungen keine Einigung geben könnte, und daß sie nicht in der Lage seien, einen Zeitpunkt anzugeben, zu dem sie eine Antwort erteilen könnten. Die Verhandlungen waren außerordentlich bewegt. Lloyd George war nagemein heftig. Schließlich stellte man den Russen anheim, sich in der Angelegenheit nochmals nach Moskau zu wenden, und ließ den Zeitpunkt der Antwort, der für Dienstag festgesetzt war, offen.

Ueber den Eindruck, den Rußlands Widerstand gegen die unsinnigen Anforderungen in Frankreich hervorgerufen hat, liegen folgende Meldungen vor:

Paris, 16. April. „Temps" schreibt: Gestehen wir es doch ein: Die erste Woche der Konferenz von Genua endigt mit einem Vorteil der Bolschewisten. In weniger als einer Woche haben sie gegenüber der Entente, die von Lloyd George selbst befehligt wird, drei große Ergebnisse erzielt: Zuerst sind sie auf der Konferenz auf dem Fuße der Gleichheit zugelassen worden, was praktisch einer offiziellen Anerkennung gleichkommt. Sie ihrerseits haben aber keine ihrer Stellungen aufgegeben. Sie haben keine Verpflichtung unterzeichnet, weder politisch, noch finanziell. Endlich aber der entscheidende Erfolg, daß das Schicksal der Konferenz in die Hände der Regierung von Moskau gegeben worden ist. Dieses letzte Ergebnis stammt von gestern abend.

„Journal des Débats" führt aus: Der Kuhhandel von gestern erniedrigt Europa vor den Sowjets. Wir haben uns sagen lassen, daß das Einverständnis mit dem bolschewistischen Rußland auf den Ausgleich aller Schulden gegründet sein müsse, und daß finanziell wie politisch alles gegeneinander ausgeglichen sei. Dank der Unvorsichtigkeit ihrer Gegenspieler haben die Russen das Mittel gefunden, den leitenden Männern von 1919 einige bittere Wahrheiten zu sagen. Diese Unterhaltungen in kleinem Kreise mit den Mördern der Familie Nikolaus' II. und den Zerstörern der russischen Zivilisation sind ebenso widerwärtig wie lächerlich.

„Liberté" schreibt, der Zwischenfall von gestern sei besonders lächerlich. Er lasse keinen Zweifel mehr über die Ergebnisse dieser großen internationalen Zusammenkunft, von der man gesagt habe, daß sie eine Morgenröte sein werde; sie sei aber vor allen Dingen ein Chaos. Wenn man den Stand der Dinge heute überprüfe, sehe man, daß weder die Alliierten, noch die Bolschewisten hätten brechen wollen. Die Sowjets hätten schon zu viele moralische Vorteile in Genua erzielt, um davongehen zu wollen.

„Petit Parisien" schreibt: Frankreich ist nur nach Genua gegangen, weil es glaubte, daß Sowjetrußland die Vorkriegsschulden und die während des Krieges gegenüber den Alliierten zur zaristischen Zeit und zur Zeit der Republik Kerenskis kontrahierten Schulden, im ganzen etwa 50 Milliarden Goldfranken, anerkenne. Jetzt sollen wir die Schuldner sein. Wenn dieser schlechte Scherz andauert, würde die öffentliche Meinung in Frankreich sich fragen, ob die Alliierten das Entgegenkommen in Genua nicht etwas zu weit treiben.

„Journal" sagt, die Konferenz von Genua erneuere die Fehler, die für die Friedenskonferenz so verhängnisvoll geworden seien. Der Kongreß von Paris habe geglaubt, realisierbare Bedingungen ohne Debatten für 50 Jahre aufzwingen zu können. Man kenne das Ergebnis. Der jetzige Fall mit Rußland sei ein ähnlicher.

„Oeuvre" erklärt: Solange das Problem der Reparation und der Entwaffnung nicht gelöst ist, wird in Europa ein normales Leben unmöglich sein. Aber die politische Kommission der Konferenz von Genua hat nicht das Recht, die eine oder andere dieser Fragen anzuschneiden. Braucht man sich deshalb zu wundern, daß die Arbeiten nicht vorwärts kommen?

„Populaire" vertritt den Standpunkt, daß hauptsächlich durch den Fehler der französischen Delegation man kein wesentliches Problem des europäischen Wiederaufbaues anschneiden könne, weil jedesmal, wenn man die geringste Sonde an den finanziellen und wirtschaftlichen Marasmus des Kontinents legen wolle, man fatalerweise auf die beiden verbotenen Fragen des Herrn Poincaré, Entwaffnung und Reparation, stoße. Die besondere Bedeutung, die die Alliierten der Regelung ihrer Schuldforderung an Rußland beilegten, ihre Absicht, das russische Volk wirtschaftlich knechten zu wollen, indem sie seiner augenblicklichen Regierung eine phantastische Rechnung überreichten, die für lange Zeit die Zahlungsfähigkeit dieses ruinierten Landes übersteige, — diese brutale und ungeschickte Weise, das Problem zu stellen, hätte ihnen die Erwiderung Litwinoffs eingetragen.

Paris, 17. April. Nach einer Besprechung über die Lage in Genua erklärt der „Temps": Man habe eine Debatte zugelassen, deren absurdes Thema sich zusammenfassen ließe: Sind die Delegierten wirklich die Gläubiger Rußlands oder ist nicht etwa die Sowjetregierung Gläubiger der Alliierten? Indem Lloyd George diese Kontroverse zugelassen habe, habe er außer einem grundsätzlichen Irrtum einen Fehler in der Methode begangen, der nicht weniger ernst sei. (W. T. B.)

Lloyd George und die Abrüstung.

London, 16. April. Reuters Vertreter in Genua erfährt von unterrichteter Seite, daß Lloyd George einen vollständigen europäischen Abrüstungsplan in der Tasche habe. Die britische Ansicht sei kurz die, daß das in Washington abgeschlossene Viermächte-Abkommen unter den Mächten des Stillen Ozeans zunächst Frieden und dann die Pläne für Einschränkung der Rüstungen geschaffen habe. Zurzeit befinde sich die Konferenz im Anfangsstadium der Verhandlungen und nicht im zweiten Stadium, und gegenwärtig denke man noch nicht an eine militärische Rüstungspause. Die Engländer seien auch nicht dafür, daß irgendwem Vertrag durch militärische Sanktionen gestützt werden solle. Tatsächlich gehörten Sanktionen gerade zu der Gattung von Ideen, welche die Engländer auszumerzen versuchen. Die gegenwärtigen Verhandlungen fußten also auf dem Vorbilde des Washingtoner Abkommens. Was die britische Delegation im Sinne habe, sei ein gegen Angriffe gerichtetes Abkommen; seine Dauer hätten ihre Mitglieder nicht erwogen, aber wahrscheinlich werde es ein Abkommen auf zehn Jahre sein, an dem alle in Genua vertretenen Nationen teilnehmen.

Französisch-belgisches Offensivabkommen.

Frankreich soll in Genua angeblich zum Einlenken bereit sein; so versichern unsere Franzosenfreunde. Diesen Illusionspolitikern sei das Studium folgender Straßburger Meldung vom 15. April empfohlen:

Schon vor einigen Tagen ging durch die deutsche Presse die Meldung, wonach ein Geheimabkommen zwischen dem französischen und belgischen Generalstab über einen eventuellen Einmarsch in Deutschland abgeschlossen worden sei.

Nunmehr wird aus vertraulichen Besprechungen, die im Zusammenhang mit der Einführung der 18jährigen Dienstzeit in Frankreich in den Kommissionen der französischen Kammer geführt worden sind, näheres über dieses Geheimabkommen bekannt, und in Kreisen französischer Deputierter wird versichert, daß die 18monatige Dienstzeit gerade unter dem Eindruck dieses Geheimabkommens zum Gesetz erhoben worden ist. Danach handelt es sich dem Wortlaut nach um ein Abkommen zwischen dem französischen und belgischen Generalstab für den Fall, „daß Unruhen in Deutschland die Sicherheit der Besatzungstruppen und die Durchführung des Friedensvertrages gefährden und militärische Maßnahmen der Verbündeten erforderlich machen."

Es ist charakteristisch, daß man sich nicht mit der allgemeinen Festlegung für das vorgesehene Vorgehen begnügte, sondern die Maßnahmen bis ins Einzelne vertraglich festlegte. So soll u. a. der belgische Generalstab zu Offensivzwecken mehrere Divisionen verfügbar machen, die dann unter französischen Oberbefehl treten. Die 16. belgische Infanterie-Division, die zu der bereitzustellenden Armeegruppe gehört, aber in Lüttich nur aus Kadres besteht, bereitet infolgedessen neuerdings die rasche Auffüllung ihrer Bestände vor. Französischerseits werden mobile Formationen bereitgestellt, für die belgische Armee ist als Aufmarschraum Kleve—Geldern—Krefeld—München Gladbach mit Hauptquartier in Düsseldorf, für die französische der Raum Kaiserslautern—Neustadt—Germersheim—Landau in Aussicht genommen. Die 11. und 13. französische Division (20. und 21. französisches A.-K.) haben in der letzten Zeit schon Quartiermacher in das Mosel gebiet entsandt.

Ueber die Ziele des geplanten Vorstoßes wird gesagt, daß die nördliche belgische Gruppe über Münster—Osnabrück—Bremen—, Richtung Hamburg, die nördliche französische über Mannheim—Würzburg nach Nordbayern vorstoßen soll. Der nördliche Stoß soll nur bei ernster deutscher Gegenwehr durchgeführt werden. Das Hauptgewicht wird auf die Mainlinie gelegt. Es ist aber daher in dem Militärabkommen vorgesehen, daß Teile der nördlichen Gruppe zur Verstärkung der südlichen herangezogen werden. Worauf das Ganze hinausläuft, geht am Deutlichsten daraus hervor, daß das Abkommen ohne Hinzuziehung englischer Besatzungsführer abgeschlossen worden ist und daß französische Deputierte sich der Hoffnung hingeben, daß bei dem Vorstoß an der Mainlinie auch tschechische Truppen von Osten über Eger nach Nordbayern einrücken werden.

Die Frage der Hebung des Eisenbahnverkehrs in Genua.

Genua, 16. April. (Spezialbericht des Vertreters des W. T. B.) Gestern vormittag fand eine Sitzung der Unterkommission für den Eisenbahnverkehr im Palazzo Reale statt. Deutscherseits nahm an der Sitzung der Staatssekretär Stieler teil. Nach einem Vorschlage des Vorsitzenden wurde den Verhandlungen das Abkommen von Porto Rose vom 21. November 1921 zugrunde gelegt. Es sollte untersucht werden, welche der erörterten Fragen sich für eine europäische Vereinbarung eigneten.

Der tschecho-slowakische Vertreter, Mitglied der Verkehrskommission des Völkerbundes Dr. Laukas regte an, die zunächst provisorisch für die Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie in Porto Rose getroffenen Vereinbarungen auf alle europäischen Staaten auszudehnen. Er gedachte hierbei mit Worten der Anerkennung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen, deren Einrichtungen er auf die gesamten europäischen Eisenbahnverwaltungen auszudehnen empfahl. Wegen der veränderten Verhältnisse hätte das allerdings unter Berücksichtigung der durch die politischen Ereignisse neugeschaffenen Lage zu geschehen.